



Arne Lietz, MdEP

Mitglied im Ausschuss für Auswärtige
Angelegenheiten, im Entwicklungsausschuss
und im Unterausschuss für Menschenrechte

Das EU-Parlament und die Diskussion um die Europäisierung der Streitkräfte

EU-Armee in Brüssel auf der Tagesordnung

In Brüssel ist die Debatte um die Europäisierung der Streitkräfte in den vergangenen Monaten verstärkt in den Fokus gerückt. Auslöser war in Berlin, wie in anderen europäischen Hauptstädten, die Forderung von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nach der Schaffung einer europäischen Armee Anfang des Jahres 2015.

Aktueller Anlass für die Wiederbelebung der Diskussionen ist die gegenwärtige außenpolitische Lage der EU. In der unmittelbaren Nachbarschaft Europas herrschen Krisen und bewaffnete Konflikte, die unsere Sicherheit bedrohen. Östlich der EU wurden durch Russland in der Ukraine Grenzen gewaltsam verschoben. In der südlichen Nachbarschaft der EU haben sich brutale Bürgerkriege in gescheiterten Staaten wie Libyen und Syrien entwickelt. Daesh und andere extremistische Gruppen haben ihre Machtbereiche ausgebaut. Die Flüchtlingskrise der vergangenen Monate hat noch einmal gezeigt, wie unmittelbar sich die Krisen in unserer Nachbarschaft auf Europa auswirken.

EU-Außenbeauftragte Mogherini soll Sicherheitsstrategie erarbeiten

Die aktuelle Europäische Sicherheitsstrategie stammt aus dem Jahr 2003 und muss dringend erneuert werden. Während sich die außenpolitischen Herausforderungen im vergangenen Jahrzehnt gewandelt und verschärft haben, gab es nur wenige Fortschritte im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP). Obwohl in den EU-Mitgliedstaaten insgesamt über 1,5 Millionen Menschen unter Waffen stehen, kann heute kein einzelnes Land alleine das ganze Spektrum der Verteidigungsfähigkeit mehr abdecken. Seit dem Ende des Kalten Krieges und verstärkt durch die europäischen Finanz- und Währungskrisen sind die Verteidigungshaushalte der EU-Staaten stark zurückgefahren worden. Diese Einsparungen wurden nicht abgestimmt, sodass heute die Verteidigungsfähigkeit Europas insgesamt infrage steht.

Im Juni 2015 beauftragte der Rat der EU-Verteidigungsminister die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini mit der Ausarbeitung einer „globalen EU-Strategie für Außen- und Sicherheitspolitik“. Mogherini will diese im ersten Halbjahr 2016 vorstellen. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz erläuterte bereits im Vorfeld der Ratssitzung vom Juni 2015 die Kernforderungen des EU-Parlaments an eine solche Strategie: Sie muss auf einer klaren langfristigen Vision beruhen, politische Kohärenz insbesondere zwischen den außen- und den innenpolitischen Herausforderungen herstellen, ausreichende finanzielle Mittel aus dem EU-Budget und von den Mitgliedstaaten vorsehen sowie besonderen Wert auf starke Bündnisse und Partnerschaften, vor allem mit der NATO und den Vereinten Nationen, legen.

EU-Parlament für Verstärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Das Europäische Parlament hat seit Langem eine Rolle als Vordenker bei der Europäisierung der Streitkräfte inne. Insbesondere im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) wird darüber hinaus über konkrete Schritte auf dem Weg zu einer stärkeren Europäisierung beraten. Das langfristige Ziel einer gemeinsamen EU-Armee wird – im Gegensatz zu den Debatten in vielen Hauptstädten – von einem Großteil der Fraktionen im EU-Parlament geteilt. Zugleich ist den Europaabgeordneten

auch bewusst, dass die Entscheidung über eine weitere Europäisierung bei den Regierungen der Mitgliedstaaten liegt. Eine wichtige Aufgabe der Parlamentarier_innen besteht daher darin, im Kontakt mit den Abgeordneten der nationalen Parlamente für „mehr Europa“ in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu werben.

Im Jahr 2015 hat das EU-Parlament bereits eine Reihe von Initiativberichten zum Stand der GSVP verabschiedet. Zu den wichtigsten gehören der Bericht von Ana Gomes (S&D) zur Entwicklung der europäischen Verteidigungsmärkte und der Bericht zum Stand der Finanzierung der GSVP. In beiden Berichten warnen die Abgeordneten vor den Folgen der fortdauernden Fragmentierung des europäischen Verteidigungsmarktes. Sie sprechen sich für eine gemeinsame Nutzung und Bündelung – ein Pooling & Sharing – aus. Denn nur wenn es den EU-Mitgliedstaaten gelingt, ihre Ressourcen gemeinsam zu nutzen, kann es auch gelingen, Europa als glaubwürdigen außen- und sicherheitspolitischen Akteur zu erhalten. Zurzeit existieren 28 fragmentierte Industrien und Märkte. Mit Pooling & Sharing können wir Geld sparen und bessere Ergebnisse erzielen.

Im Jahr 2015 haben bereits die EVP-Fraktion und die ALDE-Fraktion Positionspapiere und strategische Fahrpläne vorgelegt, die auf eine Europäisierung und mehr Pooling & Sharing drängen. Die Sozialdemokratische Fraktion (S&D) muss hier noch nachziehen. Eine gemeinsame Position soll innerhalb der nächsten Monate erarbeitet werden. Das Positionspapier der AG Sicherheit und Verteidigung der SPD-Bundestagsfraktion zur „Europäisierung der Streitkräfte“ sowie der Austausch einer von Rainer Arnold geleiteten Delegation von SPD-Verteidigungsexpert_innen mit S&D-Abgeordneten im Juni 2015 in Brüssel ist von vielen meiner Fraktionskolleg_innen als positive Anregung für die Debatten aufgenommen worden.

Sichtbarmachung und Koordination der EU-Verteidigungspolitik verbessern

Ein wichtiger Impuls ging von einem im Februar 2015 veröffentlichten Strategiepapier einer Gruppe von Außen- und Sicherheitsexperten um den ehemaligen EU-Außenbeauftragten Javier Solana aus. Beteiligt waren unter anderem der renommierte Brüsseler Thinktank CEPS und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Der „Solana-

Report“ fordert in erster Linie eine bessere Koordination sowie eine stärkere Sichtbarmachung der EU-Verteidigungspolitik. Ziel soll die Schaffung einer europäischen Verteidigungsunion in Analogie zur Bankenunion sein.

Zentrale inhaltliche Forderungen sind zum einen institutionelle Reformen und an erster Stelle die Umsetzung der im Lissabonner Vertrag vorgesehenen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), die es einer Gruppe von Vorreiter-Mitgliedstaaten erlaubt, gemeinsame Verteidigungsstrukturen im Rahmen der EU-Verträge zu schaffen. Zu den wichtigen institutionellen Vorschlägen gehören auch die Schaffung eines eigenen Rates der Verteidigungsminister_innen, die Aufwertung des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung zu einem Vollausschuss des EU-Parlaments sowie die Einrichtung eines zentralen EU-Hauptquartiers.

Zum anderen schlägt das Papier die Einrichtung eines „Europäischen Semesters“ für Verteidigungspolitik vor. Der Begriff wurde dem Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der EU entlehnt und bezieht sich vor allem auf eine bessere Koordination und Kontrolle der Verteidigungshaushalte der Mitgliedstaaten. Damit soll verhindert werden, dass nationale Verteidigungsbudgets weiterhin unkoordiniert gekürzt werden. Langfristig können so auch gemeinsame europäische Rüstungsinvestitionen erleichtert werden.

Verteidigungsforschung aus dem EU-Budget?

Zu den umstrittenen Fragen innerhalb des EU-Parlaments gehört der Vorschlag, in Zukunft auch Verteidigungsforschung aus dem Budget der Europäischen Union zu finanzieren. Bisher wird Verteidigungsforschung ausschließlich aus den Haushaltsmitteln der Nationalstaaten bezahlt. Einige Verteidigungspolitiker_innen schlagen vor, ein EU-Forschungsbudget für Verteidigung zu schaffen und so einen Schub für eine Europäisierung des Verteidigungsmarktes zu erreichen. Das EU-Parlament hat volles Mitbestimmungsrecht über das Forschungsbudget und könnte so seinen Einfluss auf die GSVP verstärken. Für den Haushalt von 2015 hat das EU-Parlament ein Pilotprojekt beschlossen, das die Verteidigungsforschung aus dem EU-Haushalt an einem konkreten Beispiel testen soll. Die EU-Kommission arbeitet an einer „Vorbereitenden Maßnahme“, die ab 2017 mit dem gleichen Ziel umgesetzt werden soll. Das

Budget soll etwa 50 Millionen Euro betragen. Sollte sich diese „Vorbereitende Maßnahme“ als praktikabel erweisen, kann die Durchsetzung eines Verteidigungsforschungsprogramms aus EU-Haushaltsmitteln von 2021 bis 2027 angedacht werden. Sie könnte nach dem Vorbild des Forschungsprogramms zur Inneren Sicherheit eine Größenordnung von 1,5 Milliarden Euro (über sieben Jahre) annehmen.

Aus meiner Perspektive stellt sich die Frage, ob eine Finanzierung von Verteidigungsforschung aus dem EU-Haushalt politisch sinnvoll und wünschenswert ist. Will man sich in Richtung einer europäischen Armee bewegen, spricht vieles für eine solche Regelung. Dann muss aber geklärt werden, ob nicht zusätzlich Mittel aus den Mitgliedstaaten für den EU-Haushalt zur Verfügung gestellt werden müssten. Darüber hinaus muss eine mögliche Aufwertung des Unterausschusses für Verteidigung des EU-Parlamentes (SEDE) zu einem Vollausschuss thematisiert werden.

Europäisierung der Streitkräfte nicht ohne eine europäische Rüstungsexportkontrolle

Die Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss aus meiner Sicht mit der Schaffung von gemeinsamen und restriktiven Standards in der Exportpolitik einhergehen. Eine klare europäische Linie zur Rüstungsexportkontrolle ist eine Grundvoraussetzung für die Schaffung gemeinsamer militärischer Strukturen. Es kann nicht sein, dass wirtschaftliche Interessen als Antrieb dafür dienen, Waffen in Kriegs- und Krisengebiete oder Staaten zu exportieren, in denen die Menschenrechte nicht garantiert sind.

Meiner Meinung nach sollte die Rüstungsforschung öffentlich finanziert werden, damit die Politik maximalen Einfluss über Rüstungsexportentscheidungen bekommt. Es sollte das Ziel Europas sein, Rüstungsgüter primär zur Selbstverteidigung und nicht für den Export zu produzieren. Das würde für viele große EU-Mitgliedstaaten eine Umkehr ihrer bisherigen Exportpraktiken bedeuten, was schwer zu erreichen sein wird. Als Indiz dafür, wie weit wir derzeit von diesem Ziel entfernt sind, kann der letzte EU-Waffenexportbericht für das Jahr 2013 herangezogen werden, für den 21 der 28 EU-Mitgliedstaaten umfassende Daten zur Verfügung gestellt haben. Leider gehört auch Deutschland bisher nicht zu dieser Gruppe. Ziel und zukünftiges

Werkzeug der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sollte eine europäisch abgestimmte Rüstungsexportpolitik gegenüber einzelnen Ländern sein.

Als ein wichtiger Schritt in Richtung einer effektiveren europäischen Rüstungsexportkontrolle sollten die im „Gemeinsamen Standpunkt“ des Rates der EU-Außenminister_innen im Jahr 2008 festgelegten Regeln zur gemeinsamen Ausfuhrkontrolle von Militärtechnologie und von Militärgütern in der EU verstärkt und ausgebaut werden. Dabei müssen wir sicherstellen, dass bereits bestehende nationale Exportrichtlinien nicht gelockert werden. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 sollten dabei als Grundlage für eine wirksame europäische Rüstungsexportkontrolle dienen.